

**Johannes Remmel**, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Damit in der jetzt folgenden parlamentarischen Beratung vielleicht noch Klarheit über die Vorschläge der Opposition hinsichtlich der Finanzierung in Bezug auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie gefunden werden kann, bitte ich erstens um Erläuterung der Vorschläge der CDU-Fraktion zur Finanzierung der Maßnahmen nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie von ungefähr 80 bis 100 Millionen € pro Jahr.

Zweitens. Herr Abruszat, mich würde schon interessieren, wie Sie bezogen auf die Zeit bis 2027 ausgehend von Ihrer Zahl von 50 Millionen € einen Betrag von 2,1 Milliarden € finanzieren wollen. Wenn ich 16 mit 50 multipliziere, komme ich auf eine andere Zahl als die für die von Ihnen vorgesehenen Maßnahmen erforderlichen 2,1 Milliarden €. Es wäre schön, wenn Sie uns im Laufe der parlamentarischen Beratungen erklären könnten, wie Sie diese mathematische Gleichung hinbekommen. Vielleicht finden wir auf diesem Weg ja auch noch Geld für den restlichen Haushalt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das weiß man bei diesem Finanzminister ja nie!)

Es wäre also sehr schön, wenn Sie uns da helfen würden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Beratungen zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung Drucksache 15/977 und damit am Ende der heutigen Einbringung.

Somit kommen wir zur Abstimmung, die aus vier verschiedenen Abstimmungen besteht.

Erstens stimmen wir über das Haushaltsgesetz 2011 ab. Nach dem Vorschlag des Ältestenrates soll die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/1000** und der **Ergänzung Drucksache 15/1300** sowie der mittelfristigen **Finanzplanung 2010 bis 2014 Drucksache 15/1001** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an die zuständigen **Fachausschüsse** mit der Maßgabe erfolgen, dass die Beratung des **Personalhaushalts** einschließlich personalrelevanter Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter **Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“** erfolgt. Wer stimmt dieser Überweisung so zu? – Das tun Sie alle. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Überweisungsempfehlung einstimmig gefolgt.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Druck-**

**sachen 15/1002 und 15/1354** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer stimmt der Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Ebenfalls einstimmig überwiesen.

Drittens stimmen wir über den Antrag der FDP-Fraktion ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1325** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit einstimmig überwiesen.

Viertens stimmen wir über das Wasserentnahmeentgeltgesetz ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/977** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Gibt es Gegenstimmen gegen die Überweisung? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Einstimmig so überweisen.

Damit sind wir bei Tagesordnungspunkt

## 2 Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier begleiten und gezielt fördern

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1316

Ich eröffne die Beratungen und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Kollegen Wirtz das Wort.

**Josef Wirtz** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das rheinische Braunkohlerevier ist das größte Braunkohlerevier in ganz Europa. Aber der Braunkohlenabbau ist endlich. Irgendwann sind auch die letzten Tagebaue in unserer Region ausgekohlt. Für die Tagebaue Hambach und Garzweiler trifft dies nach heutigen Planungen im Jahr 2045 zu. Im Westrevier wird der Tagebau Inden ca. 15 Jahre eher ausgekohlt sein.

Für die betroffenen Regionen bedeutet das grundlegende strukturelle Veränderungen. Aktuell hängt hier ein Großteil der Wirtschaftskraft und der Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit den Tagebauen zusammen.

Die Frage, die sich die Menschen vor Ort stellen, lautet: Was kommt nach dem Tagebau? – Ein grundlegender Strukturwandel ist unerlässlich. Hier-

für müssen bereits heute die Weichen gestellt werden. Über diesen Punkt sind wir uns wohl alle einig.

Die Frage ist jedoch, ob es Sinn macht, eine weitere übergeordnete Institution mit dieser komplexen Thematik zu betrauen, zumal in den einzelnen Regionen unterschiedliche Strukturen vorhanden sind. Ich stelle das einmal infrage – der Wirtschaftsminister hat ja so etwas angekündigt –; denn in den betroffenen Regionen sind bereits heute zahlreiche Akteure und Institutionen mit dem Thema „Strukturwandel“ befasst. Hier nenne ich beispielhaft den Braunkohlensausschuss mit eigener Geschäftsstelle bei der Bezirksregierung in Köln, die Kreise und Kommunen und selbstverständlich auch unser Wirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen weitere regionale Akteure wie im Westrevier die Entwicklungsgesellschaft Indeland oder aber die private Aachener Stiftung Kathy Beys.

Erste Früchte deren Arbeit sind bereits sichtbar. Beispielsweise entwickelt sich der auf einer ehemaligen Abraumhalde bei Inden erbaute Indemann mehr und mehr zum Wahrzeichen der Region.

Für die Zukunft gilt es, genau diese Akteure weiterhin aktiv einzubinden und auf weitere Institutionen zu setzen. Hier denke ich an das Forschungszentrum in Jülich oder die Industrie- und Handelskammer in Aachen; denn gerade Akteure vor Ort kennen die jeweiligen Gegebenheiten besser als irgendein übergeordnetes Gremium, dessen Vertreter alle paar Wochen zu einem Vor-Ort-Besuch vorbeikommen, um dann wieder in einen Büroturm zu verschwinden.

Neben den regionalen Akteuren ist und bleibt einer der Hauptbeteiligten in dieser Sache weiterhin zu beteiligen: der Tagebaubetreiber RWE Power. Das Unternehmen hat bereits mehrfach erklärt, dass es sich seiner Verantwortung bewusst ist. Aufgabe der Politik ist es nun, dafür zu sorgen, dass sich RWE dieser Verantwortung auch stellt. Das rheinische Braunkohlenrevier soll sich zu der neuen Innovationsregion in Nordrhein-Westfalen entwickeln. Hierzu gehört insbesondere auch eine innovative Energieversorgung, weg von den fossilen Brennstoffen. Als Energieerzeuger ist RWE Power geradezu prädestiniert, auch einen energetischen Strukturwandel zu forcieren.

Meine Damen und Herren, verschiedene Akteure zur Unterstützung des Strukturwandels einzubinden, ist das eine. Das andere, aus meiner Sicht aber viel Wichtigere ist, die betroffenen Menschen mitzunehmen. Das trifft im Besonderen auf die junge Generation zu, die von den Veränderungen auch tatsächlich betroffen ist. Es gilt deshalb, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren, denn gerade den jungen Menschen müssen wir sagen, welche Chancen sie in ihrer Heimat auch nach Beendigung der Tagebaue erhalten. Hierfür brauchen wir keine zusätzliche Bürokratie, sondern die regionalen Akteure, die nah bei den Menschen sind.

Den Strukturwandel im rheinischen Revier zu gestalten, ist in den nächsten Jahren eine der wichtigsten Aufgaben unseres Bundeslandes. Hierzu gilt es, bestehende Strukturen zu stärken und auf einen Dialog aller Beteiligten zu setzen. Doppelstrukturen helfen uns an dieser Stelle nicht weiter. Sie verkomplizieren die Sache nur und kosten zusätzliches Geld, das wir nicht haben.

Gestatten Sie mir abschließend, meine Damen und Herren, eine Feststellung. Das Thema eignet sich nicht zum Parteiengezänk. Dafür ist es viel zu wichtig. Bei all dem, was wir hierzu auf den Weg bringen, brauchen wir einen breiten Konsens der Politik, der Planer, der Verwaltungsleute, denn das sind wir den Menschen in der Region schuldig. Daran sollten wir arbeiten. Ich freue mich schon auf die weiteren Beratungen im Wirtschaftsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, von der FDP und von Reiner Priggen [GRÜNE])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, lieber Kollege Wirtz. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Eiskirch für die SPD-Fraktion.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die CDU hat einen Antrag eingebracht zum Thema der Zukunft des rheinischen Reviers. Die Tatsache an sich können wir nur begrüßen. Herzlich willkommen im Klub, kann ich nur sagen. Die letzten fünf Jahre dem Thema nicht gewidmet,

(Widerspruch von der CDU)

jetzt dabei sein wollen – herzlich willkommen, machen wir gerne.

Die ehemalige CDU/FDP-Landesregierung hat sich für die strukturelle Entwicklung im rheinischen Revier gar nicht interessiert. Man findet weder im Koalitionsvertrag von 2005 noch im Regierungshandeln von 2005 bis 2010 irgendeinen Beitrag von Bedeutung aus den Reihen von CDU und FDP zur strukturellen Entwicklung im rheinischen Revier.

Mit dem Koalitionsvertrag vom Juli 2010 haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Thema der Zukunft des rheinischen Reviers auf die landespolitische Agenda gesetzt. Die Landesregierung treibt es nun auch in ihrem Regierungshandeln voran. Am 10. Januar hat das Kabinett die Eckpunkte für ein Programm „Innovationsregion Rheinisches Revier“ beschlossen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Landesregierung und dem federführenden Wirtschaftsminister, dem Ministerium für dieses Programm. Es beschreibt präzise die Herausforderungen, die sich in der Region stellen.

Erstens. Es geht um Prävention. Durch vorausschauendes, frühzeitiges Handeln soll in der Region dafür gesorgt werden, dass die einseitige Abhän-

gigkeit von der Braunkohleförderung in der Region für die Zukunft vermieden wird.

Zweitens. Es geht im rheinischen Revier nicht um die Ablösung eines Wirtschaftsbereichs durch einen anderen oder durch mehrere andere, sondern es geht darum, die bestehenden Strukturen und damit die mit ihnen verbundenen Stärken in der Region weiterzuentwickeln und zu nutzen, damit die Region und die Unternehmen in der Region auch unter veränderten wirtschafts-, energie- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen wirtschaftlich stark bleiben und Arbeitsplätze sichern und schaffen können. Darum geht es. Ein solches Programm hat die Landesregierung vorgelegt, Kolleginnen und Kollegen.

Drittens. Es geht im rheinischen Revier auch um die Industrie im 21. Jahrhundert. Industrie ist heutzutage differenziert organisierte Wertschöpfung. Sie ist auch der Blaumann, aber es ist eben auch mehr. Sie ist zunehmend wissensbasiert mit vielen produktions- und marktorientierten Dienstleistungen, mit Forschung und Entwicklung eng verknüpft.

In einer Region, in der die RWTH Aachen, das Forschungszentrum Jülich, die Hochschulen von Köln, Mönchengladbach und Düsseldorf liegen, ist die Industrie des 21. Jahrhunderts sehr gut angesiedelt. Natürlich geht es auch um andere Dienstleistungen, auch um Landwirtschaft, auch um Tourismus. Im Mittelpunkt aber steht die industrielle Zukunft des rheinischen Reviers. Hier setzen Projekte wie Indeland im Kreis Düren, vor allem aber Projekte wie die Regionale 2010, Vorhaben „terra nova“, im Rhein-Erft-Kreis an.

Viertens. Es geht darum, dass die Region zusammenarbeitet, die Menschen miteinander in den Dialog kommen, für eine Region wirken: Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Bürger, auch die Unternehmen, Kammern und Verbände, die politische Ebene untereinander.

Die Landesregierung hat die Herausforderung erkannt und die „Innovationsregion Rheinisches Revier“ auf den Weg gebracht. Mit dem heutigen Antrag läuft die CDU dem fahrenden Zug hinterher. Herr Wirtz, nach Lektüre Ihres Antrages und nach Zuhören Ihrer Rede kann ich noch nicht so genau erkennen, ob Sie die Fahrt mitgestalten möchten oder ob Sie bremsen wollen. Ich hoffe, Sie wollen sie mitgestalten. Vom Bremsen muss man ausgehen, wenn Sie in einer Geschäftsstelle in der Region unnötige Bürokratie sehen. Es wäre völlig falsch zu glauben, man könnte die Herausforderungen nur mit bestehenden Strukturen im Kreis Düren bewältigen.

52 % aller derzeit mit der Energieerzeugung beschäftigten Menschen leben im Rhein-Erft-Kreis. Es geht also nicht nur um Ihre Heimat Düren, Herr Wirtz, es geht auch um die Schaffung von Bera-

tungs-, Koordinierungs- und Entwicklungsstrukturen für das ganze linksrheinische Revier, gerade angesichts einer Vielzahl lokaler Initiativen.

Fragen Sie doch mal bei den Cluster-Managern in den Landesclustern oder bei den Geschäftsstellen der Regionalen in Köln/Bonn, im südlichen Westfalen oder auch an anderen Stellen nach! Vielleicht wissen Sie von der CDU aber selbst noch nicht genau, ob sie mitgestalten oder bremsen wollen.

Der Vorteil ist: Sie werden in den nächsten Monaten in der Region und im Ausschuss genug Gelegenheit haben, an dieser Stelle für Klarheit zu sorgen. Die CDU-Kommunalpolitiker der Region mäkeln übrigens längst nicht mehr an Strukturen, sondern loben den Ansatz und arbeiten an den Inhalten.

Ich kann nur alle im Landtag vertretenen Fraktionen und Parteien auffordern, im Interesse der Menschen in der Region und weit darüber hinaus aktiv an dem Programm „Innovationsregion Rheinisches Revier“ mitzuarbeiten und teilzuhaben. – Vielen Dank. Lassen Sie uns den Weg gemeinsam gehen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die Grünen-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Brems.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wirtz, Sie haben für die CDU einen Antrag vorgelegt, der zum Großteil endlich die Realität feststellt. Dazu gehört: Der Tagebau in Nordrhein-Westfalen ist ein Auslaufmodell; denn die bestehenden Tagebaue werden spätestens 2045 ausgekohlt sein. Die Region steht vor einem massiven Wandel.

Sie haben auch richtig erkannt: RWE spart massiv dadurch Geld, dass beispielsweise Inden nicht mehr komplett rekultiviert werden soll, sondern Restseen entstehen werden. Diese gesparten Mittel – das schreiben Sie ganz richtig – sollten der Region zugutekommen.

Und: Arbeitsplätze fallen durch den auslaufenden Bergbau weg.

Dann kommt, wie ich finde, die größte Erkenntnis in Ihrem Antrag – ich zitiere –:

„Regenerative Energien müssen ausgebaut werden, um die ambitionierten Klimaschutzziele einzuhalten und auch nach der Braunkohlegewinnung die Energieversorgung sicherzustellen.“

Beim Lesen dieses Satzes in einem Antrag der CDU wäre ich beinahe vom Hocker gefallen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir hätten Sie aufgefangen!)

Diesen Satz benutzen Sie in den kommenden Diskussionen zum Klimaschutz hoffentlich noch öfter.

(Dietmar Brockes [FDP]: Er ist aus dem Programm der Bundesregierung!)

Auf der anderen Seite fehlen Ihrem Antrag allerdings wichtige Aspekte. Sie sprechen von wegfallenden Arbeitsplätzen durch den auslaufenden Tagebergbau und fordern dann sogar folgerichtig, die erneuerbaren Energien auszubauen. Sie reden aber nicht von den Arbeitsplätzen, deren Anzahl bei den erneuerbaren Energien schon seit Jahren wächst und mittlerweile doppelt so hoch ist wie im Braunkohletagebau.

Sie fordern den Ausbau der erneuerbaren Energien, um die Energieversorgung auch nach der Braunkohlegewinnung sicherzustellen – das haben wir eben gehört –, halten sich aber sofort danach die Tür offen, weitere Großkraftwerke an den alten Standorten zu sichern. Dies wäre diametral zu den Zielen des Klimaschutzes.

Sie fordern, die Interessen der betroffenen Menschen, die seit Jahren mit den Tagebauen in direkter Nachbarschaft leben, zu berücksichtigen. Dann reden Sie aber bitte auch Klartext und klammern nicht gleichzeitig aus, welche Probleme es mit einem Wiederanstieg des Grundwasserspiegels nach Beendigung des Tagebaus jetzt schon gibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nach der Einstellung der Sümpfung in Korschenbroich sind 7.000 Häuser von Bauschäden betroffen. Die jetzt im Bau befindlichen Häuser werden in 60, 70 Jahren, wenn die Seen der Tagebaue vollgelaufen sind, nasse Keller, wenn nicht Schlimmeres bekommen.

Wenn es Ihnen um die Interessen der betroffenen Menschen geht, müssen wir auch darüber reden, größere Abstände zwischen Abbruchkante und Wohnbebauung zu haben, als derzeit geplant ist. Schließlich sollte man hier aus Erfahrungen beispielsweise aus Nachterstedt lernen.

Sehr geehrte Damen und Herren der CDU, an diesen und weiteren Stellen wird der Antrag der großen Herausforderung, vor der die Region steht, einfach nicht gerecht. Ihr Antrag enthält einige richtige Tatsachen, es fehlen wichtige Aspekte, und dann fordern Sie leider noch viele Selbstverständlichkeiten. Darum ist Ihr Antrag an vielen Stellen eigentlich überflüssig.

Natürlich ist der Strukturwandel notwendig, und natürlich gehört es dazu, die Interessen der verschiedenen Akteure und den Landtag einzubeziehen. Beides ist aber schon von der Landesregierung so vorgesehen. Die Notwendigkeit des Programms „Innovationsregion Rheinisches Revier“ haben Grüne und SPD schließlich schon im Koalitionsvertrag vereinbart. Da auch Sie anscheinend lieber zu den Gewinnern als zu den Verlierern zählen, wollen Sie

auf diesen fahrenden Zug noch aufspringen, um in dem Bild von Herrn Eiskirch zu bleiben. Als Teil der Koalition der Einladung halte ich Ihnen die Tür dafür gerne auf.

Zu guter Letzt zu Ihrem Vorwurf der Schaffung unnötiger Bürokratie: Nur die Zusammenführung und das Hochheben aller Akteure und Institutionen auf eine gemeinsame Plattform und damit die Bündelung der Ziele und Kräfte können all den so unterschiedlichen Forderungen gerecht werden. Die von Ihnen eingeforderte Einbindung aller Akteure ist doch gerade das Ziel der Schaffung des Programms „Innovationsregion Rheinisches Revier“.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Ihr Antrag ist ein bunter Strauß ganz unterschiedlicher Forderungen und Feststellungen. Lassen Sie uns die verschiedenen Aspekte mit ihren spezifischen Problemen in aller Ruhe im Ausschuss diskutieren.

Da Sie in der Realität angekommen zu sein scheinen, freuen wir uns darauf, dass Sie die Bemühungen der Landesregierung unterstützen, eine nachhaltige und vor allem gemeinsame Zukunft für das rheinische Braunkohlerevier zu gestalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Brockes das Wort.

**Dietmar Brockes**<sup>\*)</sup> (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute über die Zukunft des rheinischen Braunkohlerevierts nach der Auskohlung in den derzeitigen Tagebauen in Inden, Hambach und Garzweiler. Wir führen also eine Debatte über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürger nach 2030 bzw. 2045 zwischen Aachen, Köln und Mönchengladbach.

Meine Damen und Herren, Gedanken über die Zeit nach dem Braunkohletagebau bestehen, und erste Steuerungsansätze wurden zum Beispiel durch die Gründung der Entwicklungsgesellschaft Indeland bereits vor vier Jahren vorgenommen. Herr Kollege Eiskirch, Indeland wurde vor vier Jahren von der FDP und der CDU ins Leben gerufen. – So viel dazu, wer welchem Thema hinterherläuft. Da kommen Sie leider einen Schritt zu spät.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Meine Damen und Herren, Sie sehen daran: Wir haben uns schon sehr lange mit dem Thema beschäftigt.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)**

Nun hat sich Gott sei Dank auch die rot-grüne Landesregierung mit der Zukunft des rheinischen Braunkohlerevierts beschäftigt und im Koalitions-

vertrag die Entwicklung eines Programms „Innovationsregion Rheinisches Revier“ angekündigt, mit dem das in der Region vorhandene Potenzial an Technologie, Wissenschaft, Infrastruktur und gut ausgebildeten Arbeitnehmern für den Aufbau einer neuen, nachhaltigen Wirtschaftsstruktur genutzt werden soll.

Als Antwort auf die Kleine Anfrage des Kollegen Wirtz im vergangenen Herbst versicherte die Landesregierung, zeitnah gemeinsam mit der Region konkrete Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzschaffung zu ergreifen. Herr Minister Voigtsberger, ich erwarte, dass dieses Versprechen nun auch eingehalten wird.

Ein Vierteljahr später, also Anfang diesen Monats, teilte der Wirtschafts- und Energieminister mit, eine Geschäftsstelle unter Federführung der Industrie- und Handelskammer Aachen einzurichten, um ein Innovationsprogramm rheinisches Braunkohlerevier zu entwickeln. Die Geschäftsstelle soll laut Medienberichten in Jülich eingerichtet werden. Das ist sinnvoll. Denn es liegt zentral im Braunkohlerevier und hat auch die Nähe zum Forschungszentrum in Jülich.

Meine Damen und Herren, die FDP geht davon aus, dass die Geschäftsstelle nun in einem geordneten Verfahren besetzt wird und dass es hier eben nicht zu parteipolitischen Überlegungen kommt oder gar zu einem Versorgungsfall innerhalb der sozialdemokratischen Familie.

Ich betone noch einmal, dass es uns Liberalen wichtig ist, dass alle Betroffenen, die Kommunen, die örtliche Politik und Unternehmen in der Region, gleichermaßen eingebunden werden. Sie sollten daher alle an einem sogenannten Runden Tisch oder im geplanten Beirat sitzen und dabei gleiche Chancen der Ideeneinbringung für Maßnahmen und Projekte zur Strukturveränderung ohne vordiktierte Schranken im Rahmen des Innovationsprogramms haben.

Meine Damen und Herren, dabei darf es nicht zu Verzettelungen kommen, indem Bürokratismus aufgebaut und betrieben wird. Das ist unnötig und zudem auch noch kostenintensiv und teuer. Zur Haushaltslage haben wir heute schon einiges gehört. Deshalb: Parallelstrukturen sollten auf jeden Fall verhindert werden.

Meine Damen und Herren, viele Köche verderben nämlich bekanntermaßen den Brei. Deshalb sind wir Liberale der Ansicht, dass das Programm Innovationsregion rheinisches Revier nur erfolgreich sein kann, wenn die bürokratischen Strukturen schlank gehalten werden und somit überschaubar sind und ein effizientes Arbeiten auch möglich ist.

Wir stimmen der Überweisung des Antrags zu und freuen uns auf die weitere Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Brockes. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Aggelidis.

**Michael Aggelidis (LINKE):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Am 9. August 2007 feierte die RWE Power AG 100 Jahre Braunkohletagebau in Garzweiler. Der Umweltschutzverband BUND sagte dazu: Das ist kein Grund zu feiern.

Der Landesvorsitzende des BUND in NRW sprach seinerzeit die Umsiedlung zigtausender Menschen, den Raubbau an der Natur und die Schädigung unseres Klimas an. Das alles müsse endlich ein Ende haben, forderte er. Dieser Meinung sind wir Linken auch heute.

(Beifall von der LINKEN)

Etwa 20.000 ha uralter Kulturlandschaft mitsamt der Dörfer und Bodendenkmäler wurden durch die Braunkohlebagger der RWE Power AG von der Landkarte getilgt. Seit Mitte der 50er-Jahre wurden im Rheinland mehr als 30.000 Menschen aus ihren Dörfern und Häusern vertrieben.

Wer bleiben durfte, leidet unter hohen Feinstaubbelastungen. 3.000 Quadratkilometer, fast ein Zehntel der NRW-Fläche, sind von den Grundwasserabsenkungen betroffen. Noch immer werden jedes Jahr Millionen Kubikmeter wertvolles Grundwasser abgepumpt. Allein für Garzweiler II werden jährlich bis zu 150 Millionen Kubikmeter Grundwasser gesümpft, etwa das Dreifache des Düsseldorfer Jahresverbrauchs an Wasser.

Das hat nicht nur Folgen für die Wasserversorgung. Die europarechtlich geschützten grundwasserabhängigen Feuchtgebiete an Schwalm und Nette sind schon jetzt Biotop am Tropf. Die hydrologischen Folgen werden noch in 1.000 Jahren spürbar sein.

Der Braunkohletagebau ist eine ökologische und menschliche Katastrophe, und Sie wissen das alle, meine sehr verehrten Damen und Herren. Unabsehbar sind auch die Risiken, dass zerstörter Boden weiträumig einbricht. Darüber hinaus hat der Braunkohletagebau ein sehr geringes Potenzial in Sachen Arbeitsplätze.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen wir Linken: Jeder weitere Tag Braunkohletagebau ist ein Tag zu viel.

(Armin Laschet [CDU]: Was sagen denn die Arbeitnehmer dazu?)

Deshalb kann ich mich nicht damit abfinden, dass im Antrag der CDU-Fraktion von weiteren Jahrzehnten des Braunkohletagebaus ausgegangen wird, in Garzweiler und Hambach bis 2045 und in Inden bis 2030.

Ihrer Meinung nach kann dieser wahnwitzige Raubbau an unserer Erde und an unserem Wasser also noch Jahrzehnte weitergehen. Ich fasse es nicht. Ihrer Meinung nach darf die Energieproduktion noch Jahrzehnte mittels eines Energieträgers erfolgen, der von allen fossilen Energieträgern bei Verbrennung für die weitaus stärkste CO<sub>2</sub>-Emission sorgt. Dieser Klimakiller soll noch Jahrzehnte eingesetzt werden? Ich wiederhole es: Ich fasse es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nein, wir brauchen den Ausstieg jetzt. Alles andere ist ökologisch völlig unverantwortlich. Selbstverständlich dürfte ein solcher Ausstieg und der damit fällige Umbau nicht über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg erfolgen. Das muss vielmehr mit den betroffenen Menschen gemeinsam gestaltet werden.

Zukunftsträchtige und sinnvolle Erwerbsarbeit entsteht in ganz anderem Ausmaß, wenn wir endlich den Umbau der Industriegesellschaft in Angriff nehmen. Das ist eine gewaltige Aufgabe, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das geht weit über die Umstellung auf erneuerbare Energien hinaus. Das betrifft die Verkürzung der Wege, die Menschen zurücklegen müssen, die Umgestaltung des ländlichen Raums und die Verwandlung unserer Städte, damit sie wohnlich und den Menschen zuträglich werden.

Wir Linken in Nordrhein-Westfalen haben dazu bereits in unserem Wahlprogramm das Nötige gesagt. Wir fordern dort einen demokratisch kontrollierten Zukunftsfonds für den industriellen Umbau, damit Hunderttausende von Arbeitsplätzen mit guter statt prekärer Arbeit gesichert oder neu geschaffen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

**Harry Kurt Voigtsberger,** Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Warum solch eine Initiative für ein Programm „Innovationsregion Rheinisches Revier“? Herr Wirtz hat es eben gesagt. Ich möchte es kurz wiederholen. Sie wissen, die Tagebaue Hambach und Garzweiler II werden nach 2045 ausgekohlt sein. Der Tagebau Inden wird bereits 2030 enden. Das heißt, das rheinische Revier steht vor einer großen strukturellen Herausforderung. Das sollte uns einen.

Im rheinischen Revier arbeiten mehr als 12.000 gut ausgebildete Beschäftigte allein in der Braunkohleindustrie. Es gibt ein großes technologisches und wissenschaftliches Potenzial, wissenschaftliches Know-how. Wir wollen dieses Potential für eine strukturpolitische Offensive nutzen, die dieser Regi-

on zugute kommen soll und heute beginnt. Wir wollen nicht warten, bis Maßnahmen nur noch eine Art ausgleichenden Charakter haben; denn dass der Strukturwandel kommt, wissen wir. Wir sollten uns jetzt darauf vorbereiten.

Jetzt kommt es darauf an, die Chancen für das rheinische Revier herauszuarbeiten und effiziente strukturpolitische Maßnahmen umzusetzen. Wir wollen einen nachhaltigen Strukturwandel in der Region. Der Strukturwandel muss sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien Genüge tun. Deshalb gehen wir sicherlich sehr frühzeitig an diesen Prozess heran. Wir brauchen aber einen langen Atem. Wir brauchen einen engen Dialog mit allen Akteuren vor Ort. Das ist auch völlig unstrittig.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, mit Ihrem Antrag stellen Sie Ihre Sichtweise zur Entwicklung des rheinischen Braunkohlereviers dar und machen deutlich, welche Abbaumaßnahmen durch RWE Power in letzter Zeit stattgefunden haben. Sie zählen sie auch im Detail auf, Herr Wirtz. Das stimmt natürlich. Der Strukturwandel hat im Prinzip schon eingesetzt, er hat bereits begonnen.

Lassen Sie mich mit dem wesentlichsten, aber vielleicht auch dem selbstverständlichsten Punkt Ihres Antrags beginnen. Es geht um die Beteiligung von Parlament und Kommunen. Natürlich werden wir das Parlament über alle Entwicklungen informieren, die im Zusammenhang mit dem rheinischen Revier stehen. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Ich sage Ihnen deshalb auch gerne Ihrem Antrag entsprechend zu, dies in Form eines Sachstandsberichts bis spätestens Mitte des Jahres 2012 zu tun.

Davon abgesehen beabsichtigt die Landesregierung mit dem geplanten Innovationsprogramm Rheinisches Revier, die Chancen des Strukturwandels in der Braunkohleregion deutlich zu verbessern. Ich meine, es nicht zielführend, dies nur auf einen Teilraum des rheinischen Reviers zu beschränken, zum Beispiel auf das Indener Abbaugelände im Kreis Düren. Wir wissen, das rheinische Revier geht weit darüber hinaus.

Da die bestehenden Stellen heute nur auf diese Teilräume ausgerichtet sind, müssen neue Strukturen entstehen, die für das ganze rheinische Revier zuständig sind. Diese neuen Strukturen müssen wir jetzt schaffen. Deshalb ist es sinnvoll, eine neue Geschäftsstelle zu installieren, die sich auf das gesamte rheinische Revier bezieht und die Gebiete Garzweiler II und Hambach einschließt.

Meine Damen und Herren, die Federführung dieser Geschäftsstelle soll übrigens die Industrie- und Handelskammer zu Aachen übernehmen. Das wurde schon erwähnt.

Es geht letztendlich nun darum, Aufgaben und Kompetenzen zu bündeln und Synergien zu schöpfen. Das sagt schon diese zentrale Geschäftsstelle. Wir wollen eben keine zusätzliche Bürokratie, wie

es der Antrag unterstellt. Wir wollen eine einheitliche und effektive Organisationsstruktur schaffen, die meiner Meinung nach dringend notwendig ist.

Die von der CDU in ihrem Antrag geforderte breite Beteiligung im Rahmen eines Beirats hat das Kabinett bereits Anfang Februar beschlossen. Das geplante Innovationsprogramm kann nur dann seine Wirkung erzielen, wenn es auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung trifft. Dazu werden wir einen breiten Dialog initiieren. Dieser Beirat wird ein wesentliches Element sein. Ich sage ganz kurz, wer sich in diesem Beirat befinden wird: Es sind natürlich die Industrie- und Handelskammern, es ist RWE Power, es sind Kreise, Städte, Hochschulen, Institute, Gewerkschaften, Umwelt- und Naturschutzverbände. Es sind natürlich auch die Landtagsfraktionen in diesem Beirat vertreten.

Es wird dadurch möglich sein, ständig breit zu informieren.

Das Innovationsprogramm dient der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erhöhung der Innovationskraft der Region. Damit dienen wir auch den Menschen in dieser Region. Herr Wirtz, dafür bräuchten wir diesen CDU-Antrag eigentlich nicht. Ich lade Sie aber gerne ein, sich an dieser Zukunftsarbeit zum rheinischen Revier zu beteiligen. Mich würde das freuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Minister.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1316 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Punkt

### **3 Zwangsausouting in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten beenden und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stärken!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1324

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Dr. Orth das Wort.

**Dr. Robert Orth (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Liberalen fordern, das Zwangsausouting von HIV-infizierten Häftlingen zu beenden und die Persönlichkeitsrechte nicht weiter zu verletzen.

**Outing oder Einzelhaft:** Vor diese Wahl werden HIV-positive Insassen in den Gefängnissen von Nordrhein-Westfalen leider gestellt. – Wir hatten im letzten Jahr rund 130 Infizierte in Nordrhein-Westfalen; das sind jedenfalls diejenigen, die wir kennen. HIV-positive Gefangene in nordrhein-westfälischen Gefängnissen müssen ihre Erkrankung gegenüber Bediensteten und Mithäftlingen offenlegen, um am Gefängnisalltag teilnehmen zu können.

HIV-positive Gefangene werden nicht nur regelmäßig gegenüber Bediensteten, in Transport- und Begleitpapieren oder bei der Unterbringung in Gemeinschaftszellen geoutet. Um aus der Einzelhaft entlassen zu werden und an den Gemeinschaftszeiten im sogenannten Umschluss teilnehmen zu dürfen, müssen sie zu erkennen geben, dass sie sich mit dem Aidserreger infiziert haben. Wir finden, das ist diskriminierend und verstößt gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Diese Praxis muss durch die rot-grüne Landesregierung beendet werden.

Die Landesregierung hat indes durch eine völlig unbefriedigende Antwort auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Romberg und von mir sowie in Pressestatements gezeigt, dass sie augenscheinlich nicht bereit ist, sich dieses sensiblen Problems anzunehmen, und dass sie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen nicht ernst nimmt.

So schreibt etwa die „Frankfurter Rundschau“ von gestern – wenn ich zitieren darf –:

„Bislang aber will die rot-grüne Minderheitsregierung an dem Zwangsausouting festhalten. ‚Wir halten diesen Weg für richtig‘, sagt Andrea Bögge, Sprecherin von Justizminister Thomas Kutschatj (SPD). Das Land müsse zwischen dem Schutzinteresse der Mitgefangenen und den Persönlichkeitsrechten der Infizierten abwägen. ‚In diesem Fall ist das Interesse der Zellennachbarn wichtiger‘, so Bögge. ... ‚Sie haben ja die Wahl, auf ihrer Zelle zu bleiben.‘“

Wir denken, dies ist ein Hohn, meine Damen und Herren.

Wenn ich dann noch auf die „NRZ“ von gestern kommen darf, in der Rüdiger Wächter, Sozialpädagoge in Duisburg, zitiert wird: „Er kennt die tägliche Praxis. ... Die Haltung des Justizministeriums sei eine Farce.“

„Wir wissen aus Erfahrung, dass geoutete Inhaftierte diskriminiert und gemieden werden“, sagt zum Beispiel auch Bärbel Knorr von der Deutschen AIDS-Hilfe.